

Die der fünfziger Jahre gingen die von den USA beherrschten Führungsgruppen der NATO allmählich vom Plan eines breit angelegten Frontalangriffs auf die sozialistische Gemeinschaft in Europa ab und konzentrierten sich vorerst auf deren vorgeschobene Bastion in Mitteleuropa, auf die DDR.

Mit dieser Orientierung sollte eine dauerhafte Friedensregelung in Europa verhindert, der kalte Krieg fortgesetzt und eine Brezse in die sozialistische Staatengemeinschaft geschlagen werden. John F. Dulles und Konrad Adenauer - Symbolfiguren der damals einflussreichsten Gruppierungen der internationalen Monopolbourgeoisie - beharrten auf der antisozialistischen Kreuzkonzeption. Sie hofften darauf, daß ein wiedervereinigtes imperialistisches Deutschland den Prozeß der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses stoppen und zugunsten der NATO umkehren könnte - ohne daß durch eine derartige konterrevolutionäre Aktion die unmittelbare Gefahr eines allgemeinen Kernwaffenkrieges heraufbeschworen würde. Als Drohmittel wollten sie jedoch auch diese Aggressionsvariante mittelbar ins Spiel bringen.<sup>4)</sup>

Die „Variante DDR“

Als Voraussetzung für den „Fall DDR“ sah die Adenauerregierung an, eine permanente Spannungssituation in Mitteleuropa aufrechtzuerhalten, die Bundeswehr beschleunigt aufzubauen, die offene Grenze der DDR zum imperialistischen Machtbereich maximal für die Subversion zu nutzen, Grenzwachposten zu errichten und andere Provokationen vorzubereiten und auszulösen, um in der DDR eine Bürgerkriegslage herbeizuführen, schließlich die Streitkräfte darauf vorzubereiten, gemeinsam mit der NATO eine militärische Intervention zu führen, die als „innerdeutsche“ Angelegenheit, als „Polizeiaktion“ deklariert werden sollte.

Um das Revancheprogramm zu verwirklichen, leitete die Bundesregierung und die Bundeswehrführung 1956 einen Prozeß ein, der der BRD im europäischen Bereich der NATO vorherrschende Positionen einbringen und durch den die Bundeswehr zu einer einsatzbereiten



Die Rolle des Geheimdienstes in der konterrevolutionären Strategie des BRD-Imperialismus

5. Folge

Auszugsweiser Nachdruck aus „Nicht länger geheim“ mit freundlicher Genehmigung der Autoren Albrecht Chorisius und Julius Mader sowie des Militärverlages der DDR. Die Auswahl und Zusammenstellung besorgte Dr. Werner Strecke.

Atom- und Bürgerkriegsarmee ausgebaut werden sollte. Zugleich konzentrierten sich die Aktionen des BRD-Geheimdienstsystems auf die „Variante DDR“.

Die DDR ließ sich durch diese provokatorische Politik nicht beirren. Erfolgreich festigte sie die Grundlagen ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnung und behauptete ihre ökonomischen und politischen Positionen in Europa aus. Das spiegelte sich auch in den zahlreichen Verhandlungsvorschlägen wider, die die Regierung der DDR zur Herstellung

normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unterbreitete. Damit erwarb sich die DDR in zunehmendem Maße Ansehen und Achtung in der Welt.

Warnung an Adenauer

Angesichts der wachsenden Gefahr stärkte die DDR zugleich ihre militärische Verteidigungskraft. Sie erhöhte die Wachsamkeit gegenüber den subversiven Umtrieben. Im Jahr 1960 warnte die Regierung der

DDR Bundeskanzler Adenauer vorerstens die Ausnutzung der offenen Grenzen und anderer Einwirkungsmöglichkeiten, vor allem die der psychologischen Kriegführung, zur Abwerbung von DDR-Bürgern und zum Menschenhandel, um über eine ständig geschürte Unruhe die DDR bürgerkriegsreif zu machen; die Abwerbung war eine spezifische Form des Klassenkampfes; zweitens eine forcierte Spionage (allein im ersten Halbjahr 1961 wurden 20 Prozent mehr illegale Funkstützpunkte ausgehoben als im ganzen Jahr 1960)<sup>5)</sup>; drittens Sabotage, Terror und Grenzprovokationen<sup>6)</sup>.

Zu dieser Zeit hatten die Vorbereitungen für eine „lokale“ Aggression gegen die DDR bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht. Die imperialistischen Kräfte fürchteten den friedlichen Wettbewerb der gegenseitlichen Gesellschaftssysteme und wollten sich der ständigen Konfrontation mit einem sozialistischen deutschen Staat entledigen.

Auf der Grundlage der von den Vorstellungen des Adenauer-Regimes beeinflussten Strategie der NATO sah der Operationsplan für eine Aggression gegen die DDR drei Phasen vor. In der ersten, noch in den fünfziger Jahren eingeleiteten Phase sollte die Bevölkerung der DDR ideologisch aufgeweicht und in Gegensatz zur sozialistischen Staatsmacht gebracht werden.

Bonner Spekulationen

Den Hauptstoß gedachten die regierenden Kreise von Bonn gegen die sozialistische Volkswirtschaft zu führen mit dem Ziel, sie zu desorganisieren und allmählich lahmzulegen. Damit wurde zugleich beabsichtigt, das Vertrauen der Werktätigen in die marxistisch-leninistische Partei und in die Regierung der DDR zu erschüttern. Hierfür sollte - so spekulierten Bonn - in der DDR eine latente innere „Widerstandssituation“ herbeigeführt werden.

Zu den Hauptmethoden, die der BRD-Geheimdienst und die Geheimdienste der anderen NATO-Mächte im Kampf gegen die DDR anwendeten, gehörten in dieser Phase:

sen im Ernstfall in die gewünschte Richtung lenken.<sup>7)</sup>

Der Traum vom Blitzkrieg

Als Hauptstützpunkt für den Spionage und Subversion gegen die DDR diente den Geheimdiensten der BRD und anderer NATO-Staaten Berlin (West). Über 80 hier verschiedenen Zweigstellen einschließlich des RIAS wurden von hier aus konterrevolutionär aktiv. In der ersten Phase ihres Operationsplans gegen die DDR verfolgten die politisch-militärischen Planungsstellen der NATO also die Absicht, systematisch faschistische Provokationen in der DDR vorzubereiten und durch die gleichzeitige Anlehnung von Grenzwachposten den Vorwand für einen Überfall auf die DDR zu schaffen. Die militärischen Pläne dafür waren bereits vollständig ausgearbeitet und sollten mit einem blitzartig geführten Schlag verwirklicht werden. Der westdeutsche Imperialismus beabsichtigte, die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen, die Berührung mit sowjetischen Truppen zu vermeiden und dadurch den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um eine innere Angelegenheit der Deutschen.<sup>8)</sup>

Die Aktivitäten der Geheimdienste der NATO-Staaten waren, wie Erich Honecker im April 1959 vor „Kampfgruppenkommandeuren“ analysierte, seit 1956 auf lange Sicht orientiert worden. Zu ihren Aufgaben in der Vorbereitungsperiode eines konterrevolutionären Putsches gehörten:

- Die Bildung einer Untergrundorganisation aller konterrevolutionären Gruppen und Organisationen;
- die Schaffung eines gut funktionierenden Geheimsystems;
- die Schaffung von Gruppen zur gewaltsamen Öffnung von Haftanstalten, um die Inhaftierten in die Konterrevolution einzubeziehen;
- die Schaffung eines illegalen Hauptquartiers innerhalb beziehungsweise außerhalb des Landes;
- Nachdem eine solche Organisation geschaffen ist, sollen die konterrevolutionären Gruppen folgende Aufgaben durchführen:
- kleine Überfälle an den Grenzen organisieren, um den Verbindungsleuten den Grenzübergang zu erleichtern;
- eine schwarze Liste der führenden Persönlichkeiten der Partei und des Staatsapparates zusammenstellen und deren Gewohnheiten studieren;
- Vorbereitung von Zeitungs- und Rundfunkmeldungen, die die Mas-

Anmerkungen:
4) Siehe Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, 2. Teil, 1945 bis 1970, S. 400 ff.
5) „Neues Deutschland“, Berlin, vom 27. Januar 1960.
6) Siehe E. Mielke, Wachsamkeit - bestes Abwehrmittel. In: „Neues Deutschland“, Berlin, vom 8. Dezember 1961.
7) Siehe Tatsachen über Westberlin, Berlin/Sofia/Budapest/Warschau/Bukarest/Moskau/Prag 1962.
8) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, S. 40, S. 250. (Zwischentitel: Redaktion)

Fachkolloquium findet starke Resonanz

Für die Sektion Informationstechnik und insbesondere für jeden ihrer vier Wissenschaftsbereiche

- Bauelemente und Systeme
• Nachrichten- und Rechen-technik
• Regelungstechnik und Prozeßsteuerung
• Akustik und Meßtechnik

Ist die Gestaltung des jährlichen „Fachkolloquiums Informationstechnik“ im periodischen Wechsel ein fester Bestandteil des wissenschaftlichen Lebens geworden.

Es hat sich bewährt, nach einem Zeitraum von vier Jahren über ein spezielles, vom jeweiligen Wissenschaftsbereich vertretenes Fachgebiet eine größere Tagung durchzuführen. Nach Abschluß des 10. Fachkolloquiums kann eingeschätzt werden, daß diese wissenschaftliche Veranstaltungsreihe zunehmend an Profil gewonnen hat und wachsende Anerkennung bei Fachleuten der DDR und des Auslandes findet.

Die Tagung 1977, die vom Wissenschaftsbereich Nachrichten- und Rechen-technik (Bereichsleiter: Prof. Dr.-Ing. habil. E. Krockner) ausgerichtet wurde, zählte 250 Teilnehmer, unter ihnen 30 Gäste aus dem sozialistischen Ausland und drei aus der Republik Syrien.

Die Thematik „Nachrichten- und Rechen-technik“ gliederte sich in neun Gruppen mit 141 Vorträgen, davon sieben Hauptvorträge und 24 Vorträge von Wissenschaftlern aus dem sozialistischen Ausland, insbesondere von den Partnerhochschulen. 36 Vorträge hielten Wissenschaftler und Mitarbeiter der TU; dazu gehörten 15 Beiträge über wissenschaftliche Ergebnisse der Sektionen Berufspädagogik, Physik, Mathematik, Informationsverarbeitung, Elektrotechnik sowie des Rechenzentrums. Diese Tatsache soll hier als erfolgversprechender Ausdruck für die zunehmend an Bedeutung gewinnende Zusammenarbeit zwischen den Sektionen unserer Universität gewertet werden.

Als sehr gut kann die aktive Beteiligung der Hochschulen der DDR eingeschätzt werden. Hervorzuheben sind auch die große Anzahl und das hohe Niveau der Vorträge, die von Vertretern der Akademie der Wissenschaften der DDR und des Institutes für Nachrichtentechnik Berlin als Partner der Vertragsforschung gehalten wurden. Im Verlaufe der Tagung konnten somit die Beziehungen des Bereiches Nachrichten- und Rechen-technik der Sektion



Konferenzpause Foto: Dr. Wihl

Informationstechnik zu den Kooperationspartnern der Forschung wesentlich gefestigt werden.

Das Kolloquium stellte gleichzeitig eine Weiterbildungsveranstaltung dar, deren Themenangebot große Resonanz fand. Sie leistete auch insofern einen Beitrag zur interdisziplinären Arbeit, daß zahlreiche Tagungsteilnehmer aus nicht fachspezifischen Bereichen der Volkswirtschaft und unterschiedlichen Dienststellen der DDR kamen.

Besondere Schwerpunkte des Interesses waren die Beiträge zu den Problemkreisen

- Anwendungen von Mikroprozessoren und Mikrorechnern;
- Verfahren der Informationsübertragung und -bewertung in Verbindung mit Satelliten;
- perspektivische Entwicklung der Informationstechnik.

Die Fülle der auf dem 10. Fachkolloquium dargelegten Ergebnisse findet ihren Niederschlag in ca. 70 Veröffentlichungen wissenschaftlicher Fachzeitschriften. Den Verlauf und die Ergebnisse dieses Kolloquiums schätzten die Gäste als sehr erfolgreich und als große Anregung für alle Teilnehmer ein. Das 11. Fachkolloquium „Informationstechnik 1978“ wird Fragen der Mikroelektronik gewidmet sein.

Dr.-Ing. A. Finger

Rationeller Einsatz oberstes Prinzip

Erfolgreiche betriebliche Energiewirtschaft an unserer Universität

In der Direktive des IX. Parteitagess der SED sind bis 1980 umfangreiche Aufgaben für die betriebliche Energiewirtschaft enthalten. Der Aufwand für die Energiebereitstellung ist zum größten Kostenfaktor in der Wirtschaft geworden.

Mit dem Erlaß einer Energieordnung durch den Rektor im Jahre 1976 wurde die rationelle Energienutzung Bestandteil der Leitungs- und Planungstätigkeit an der TU. In welchem Maße seit Jahren Sektionen und das Fachorgan Energetik ihre Aufmerksamkeit dem gemeinsamen Anliegen, - sparsamer und rationeller Einsatz von Energie, - widmen, zeigt sich zum Beispiel im Bezug elektrischer Leistung. Trotz Zugang großer elektrischer Anschlußwerte, wie des Wohnheimkomplexes Wundtstraße, des Ausländerwohnheimes Juri-Gagarin-Straße und des Rechners BESM - 6 mit rund 900 kW Höchstleistung - um nur die größten zu nennen - liegt die maximale elektrische Leistung aller Großabnehmer der TU 1976 mit nur fünf Prozent über der Höchstleistung des Jahres 1969. Durch intensivere Ausnutzung der bezogenen Leistung stieg der Verbrauch elektrischer Arbeit im gleichen Zeitraum um 3 Mio kWh (22 Prozent) an. Eine solche Entwicklung entspricht unserem volkwirtschaftlichen Anliegen. Erreicht wurde das vor allem durch die Verlagerung energieintensiver Pro-

zesse in sogenannte Schwachlastzeiten.

Umfangreiche Beleuchtungsverbesserungen in Hörsälen und Seminarräumen - jährlich werden dafür 150-200 TM ausgegeben - schaffen für Studenten und Dozenten immer bessere Arbeitsbedingungen. Aufgabe der nächsten Zeit ist die zielstrebige Realisierung einer zentralen Heizwärme, in deren erster Ausbaustufe 18 Heizzentralen auf bedienungsfreiem Betrieb umgestellt werden sollen. In diesem Jahr sollen die ersten zehn Stationen in Betrieb genommen werden.

Auf dem 5. Seminar des Ministerrates wurde als wichtigste Reserve zur Beseitigung noch bestehender Niveauunterschiede die konsequente Durchsetzung der sozialistischen Intensivierung genannt. Auf das Hochschulwesen bezogen heißt das, die Unterschiede im Niveau der betrieblichen Energiewirtschaft einzelner Hoch- und Fachschulen durch Erfahrungsaustausch schrittweise abzubauen. Im Rahmen einer Wärmeleitkette (Pädagogische Hochschule, Verkehrshochschule, Medizinische Akademie, Hochschule für Musik und TU) hat die TU als Leitbetrieb die Aufgabe übernommen, gemeinsam mit diesen Einrichtungen eine rationelle betriebliche Wärmewirtschaft zu erreichen.

Gleichzeitig wird mit diesen Einrichtungen und weiteren Hoch- und Fachschulen des Territoriums ein Konsulta-

tionsstützpunkt für Fragen der rationellen Energieanwendung gebildet.

Im Territorium leitet die TU das Konsultationszentrum für rationelle Energieanwendung im Stadtbezirk Dresden-Süd, dem etwa 30 Betriebe angeschlossen sind.

Seit mehr als 15 Jahren wird der betrieblichen Energiewirtschaft der TU größte Aufmerksamkeit gewidmet. Das führte 1976 zur Auszeichnung der Technischen Universität mit einer Urkunde

des Ministerrates der DDR für vorbildliche energiewirtschaftliche Arbeit. Diese Auszeichnung ist zugleich Verpflichtung, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu verfolgen und damit auch künftig konkrete Beiträge aus Lehre, Forschung und Betriebswirtschaft zur immer rationelleren Gestaltung der Energieversorgung der Volkswirtschaft zu leisten.

Weis, Abteilung Technik

Mit weniger Energie mehr Erzeugnisse

Unsere Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung sind anspruchsvoll, unsere Bedürfnisse wachsen. Verständlich, daß der Energiebedarf rasant wächst. Unter Beibehaltung des gegenwärtigen Tempos im Wachstum der Industrieproduktion wird ihr Wert in der DDR im Jahre 1990 das Vierfache des Standes von 1970 erreichen. Das großflächige Wohnungsbauprogramm orientiert auf eine Deckung des Raumwärmebedarfes vorrangig durch Fernwärmeversorgung. Also werden wir immer mehr Energie bereitstellen müssen.

Es ist allgemein bekannt, daß die Energieresourcen bei der konventionellen Art der Energiegewinnung im weltweiten Maßstab begrenzt sind. Die konsequente Energiepolitik der RGW-Länder hat durch planmäßige Maßnahmen in der internationalen Zusammenarbeit die notwendigen Voraussetzungen für die langfristige Energiebereitstellung geschaffen. Trotzdem! Die

Deckung des Energiebedarfes verlangt nach Erschließung völlig neuer Energiegewinnungsprinzipien und -verfahren.

Dies gilt gleichermaßen auch für die Energieanwendungsprozesse. Es geht dabei um die Senkung der Energieintensität, das heißt mit weniger Energie mehr Erzeugnisse zu produzieren. Also beginnt die rationelle Energieanwendung bereits vor dem eigentlichen Energieeinsatz, in der Phase der Vorbereitung der Produktion, und zwar nicht nur von Produktionsmitteln, sondern auch von energieverbrauchenden Geräten der Konsumtionsphäre. Die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf diesem Gebiet ist eine vorrangige Aufgabe. Denn wir werden künftig noch mehr Energie verbrauchen - aber sinnvoll und rationell angewandt!

Dr. oec. I. Guntseff Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft



Energie rationeller gewinnen und anwenden ist eine Aufgabe höchster volkwirtschaftlicher Bedeutung. Foto: ADN/ZB/Großmann